

Die Schulwahl müsste mehr Anhänger haben

Das Desinteresse an der Abstimmung über die Initiative für eine freie Schulwahl erschwert Prognosen

Die Schulwahl-Initiative müsste in und rund um Zürich besser abschneiden als in früheren Urnengängen. Über den Kreis der Initianten hinaus zeigt aber kaum jemand Interesse an ihr.

Walter Bernet

Schulthemen können mobilisieren. Als im Kanton Zürich vor wenigen Jahren das Fach Biblische Geschichte abgeschafft werden sollte, kamen innert kurzer Zeit 50 000 Unterschriften für die Rettung des Religionsunterrichts in der Primarstufe zusammen. Für das kontra-

FREIE SCHULWAHL

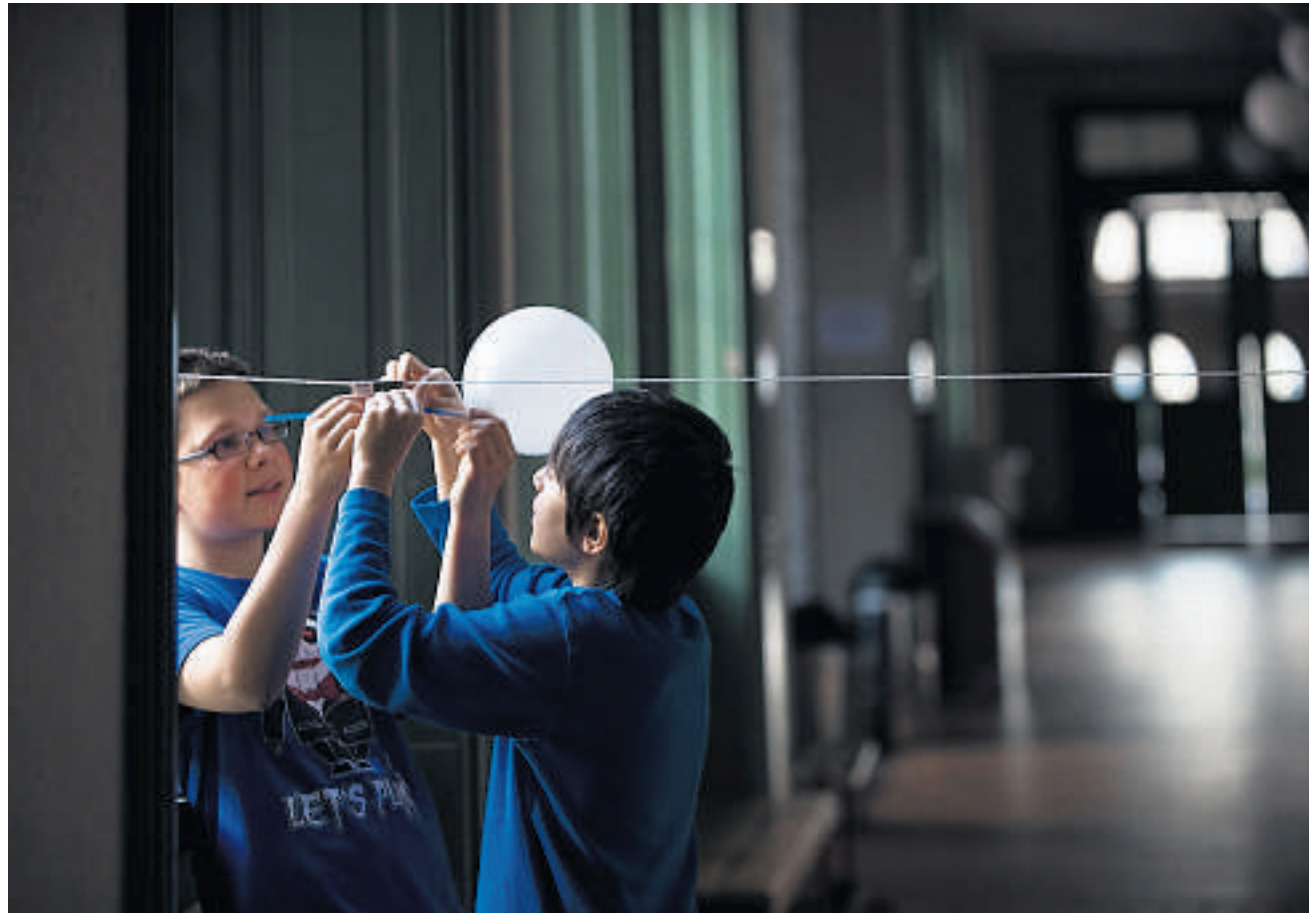
Kantonale Volksabstimmung
vom 17. Juni

ditorische Podium zur Abstimmung über die Initiative «Ja! Freie Schulwahl für alle ab der 4. Klasse!» bewegte sich am Donnerstagabend gerade einmal eine Handvoll Personen in den Volketswiler «Wallberg» – kein Einzelfall.

Berechtigtes Grundanliegen

Warum das Desinteresse? Nach einer Studie der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung müsste es eigentlich möglich sein, für die freie Wahl unter den öffentlichen Schulen Mehrheiten zu erreichen. Klar ist danach nur, dass rund drei Viertel der Bevölkerung die staatliche Finanzierung des Privatschulbesuchs ablehnen. Nach der Studie müsste die Wahlfreiheit in Zürich und in der Agglomeration auf deutlich mehr Zustimmung stossen als bei den bisherigen, mit 80 zu 20 Prozent entschiedenen Abstimmungen im Thurgau, in St. Gallen und im Baselbiet, da um Zürich erreichbare Alternativen tatsächlich vorhanden wären.

Die Zürcher Initiative der Elternlobby will beides: die freie Wahl zwischen den öffentlichen Schulen wie die öffentliche Finanzierung des Privatschulbesuchs, sofern eine Schule gewählt wird, die die gleichen Kriterien wie die Volksschule erfüllt. Selbst den Initiantinnen ist klar, dass eine Zwillingssinitative, die dem Stimmvolk beides separat unterbreitet hätte, wohl der klügere Weg gewesen wäre. So erscheint das berechtigte Anliegen, in das etwas selbstgerechte staatliche Bildungswesen mit Wahlmöglichkeiten frischen Wind zu tragen, als egoistisch gefärbtes Interesse von Kreisen um Montessori- und Steiner-Schulen und von Personen, die



Die Initiative für eine freie Wahl der Schule verspricht eine noch grössere Vielfalt des pädagogischen Angebots.

ADRIAN BAER / NZZ

persönlich schlechte Erfahrungen mit der Volksschule machten.

Müsste man nicht mit den Jungliberalen die freie Wahl der Schule durch die Eltern zu einer zentralen liberalen Forderung erheben? Warum tut es die Mutterpartei nicht? Skeptisch macht, dass neben den Jungliberalen sich nur die EDU und die Ortspartei Langnau am Albis der SP zur Initiative bekennen. In allen übrigen Parteien sind es Einzelmasken und Minderheiten, die ein Wahlrecht einfordern.

Gegen ein vorschnelles Urteil sprechen: erstens die enge Verzahnung der Volksschule mit der Geschichte des liberalen, demokratischen Staatswesens; zweitens die Leistungen der öffentlichen Schule für die Gesellschaft, zuletzt ablesbar an der Integration der Zuwanderer der 1990er Jahre oder an der im europäischen Vergleich sehr tiefen Jugend Arbeitslosigkeit; drittens die Verankerung der Volksschule in der Gemeinde. Die Zürcher Volksschule ist im Verständnis einer grossen Mehrheit eine Gemeinschaftschule, keine obrigkeitliche Zwangsanstalt, auch wenn der Arm der Bildungsbürokratie via Pisa, Bern und Zürich teilweise kräftig zugreift. Nach wie vor verstehen wir unter Lehrern in erster

Linie Pädagogen, die im Interesse der Kinder zu handeln in der Lage sind, nicht staatlich besoldete Bildungsfunktionäre.

Wirkungen der Wahlfreiheit

Die Initiative fordert zwei grundverschiedene Dinge. Das eine, die freie Wahl einer Privatschule, ist schon heute gegeben, wenn auch auf eigene Kosten. Neu käme eine öffentliche Finanzierung pro Kopf dazu, die auch weniger Bemittelten den Zugang zu Privatschulen öffnete. Das Problem ist, dass die Wahlfreiheit der Eltern mit stärkeren staatlichen Eingriffen und Kontrollen der zugelassenen Privatschulen bezahlt werden müsste. Dies schränkte den angestrebten pädagogischen Wettbewerb wieder ein. Andere Privatschulen, die nicht profitierten, eine Unterstützung aber genauso verdienten, hätten ein wachsendes Auge auf staatliche Strenge.

Das andere ist die Aufhebung der Zwangszuteilung in die Quartierschule, die heute nur über die Wohnortwahl oder – dort, wo es die Distanzen zulassen – über Zuteilungsgesuche an die Behörden gemildert werden kann. Doch solange objektive Daten zur Vergleichbarkeit öffentlicher Schulen feh-

len, haben wählende Eltern einen schweren Stand – es sei denn, sie machten den Ausländeranteil zum alleinigen Auswahlkriterium und verstärkten so den Trend zur gesellschaftlichen Segregation. Wie ausländische Beispiele lehren, wird die Wahlfreiheit am Ende durch Sachzwänge wie ein beschränktes Platzangebot oder den zu langen Schulfweg oft wieder eingeschränkt.

Im 19. Jahrhundert musste der liberale Staat im eigenen Interesse für eine ausreichende Elementarbildung seiner Bürger sorgen. Bildung bleibt auch heute ein öffentliches Gut. Die Ansprüche der Gesellschaft an sie sind aber ungleich vielfältiger geworden, und die Möglichkeiten, zu Bildung zu kommen, sind im digitalen Zeitalter kaum zu überblicken. Über kurz oder lang ist diesem Wandel im Bildungswesen nur mit Liberalisierungsrechnung zu tragen. Dafür gibt es – innerhalb und ausserhalb der Volksschule – zahlreiche alternative Möglichkeiten, die von mehr Elternmitwirkung bis zu diversen Formen der Mitfinanzierung von Privatschulen reichen. Welche sich eignen, muss angesichts der Widersprüchlichkeit bestehender Studien und Analysen sorgfältig geklärt werden.